ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Etat 1981 ohne Kurskorrektur

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1981) : Etat 1981 ohne Kurskorrektur, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 1, pp. 2-3

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135513

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

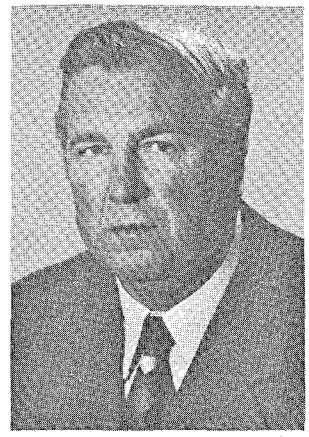
You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Eberhard Thiel



Etat 1981 ohne Kurskorrektur

Eine Begrenzung der öffentlichen Verschuldung, ein Abbau von Subventionen und eine Änderung der staatlichen Ausgaben- und Einnahmenstruktur mit dem Ziel, das wirtschaftliche Wachstum zu fördern – das waren die zum Teil recht pauschalen Forderungen in der finanzpolitischen Diskussion der letzten Monate. Nun zeigen bereits die ersten Abschlußrechnungen für das Haushaltsjahr 1980, daß sowohl die öffentlichen Ausgaben als auch die Nettokreditaufnahme stärker zugenommen haben, als zu Beginn des Jahres geplant worden war; und der Entwurf des Bundeshaushalts 1981 sieht nochmals eine Steigerung der Neuverschuldung um eine halbe Milliarde DM gegenüber dem erhöhten Volumen des Jahres 1980 vor. Damit steht der Bund jedoch nicht allein; auch bei den übrigen Gebietskörperschaften zeichnet sich eine stärkere Neuverschuldung ab.

Unter den herrschenden Bedingungen war aber auch kaum anderes zu erwarten. Die erhofften ersten Schritte zu einer Etatkonsolidierung konnten noch nicht gewagt werden, da auf die expansiven Effekte auf Produktion und Beschäftigung, die von den Haushalten ausgehen, nicht verzichtet werden sollte. Die durch den Rückgang des Sozialprodukts und durch das letzte Steuerentlastungsgesetz hervorgerufenen Steuermindereinnahmen erzwangen somit trotz der geplanten Anhebung der Mineralöl- und Branntweinsteuer diese Steigerung der Verschuldung. Die Neuverschuldung wäre beim Bund für 1981 noch stärker ausgefallen, wenn nicht gleichzeitig die Verwaltungseinnahmen durch die Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank und die Anhebung der Ablieferung der Deutschen Bundespost um insgesamt 3 Mrd. DM höher als im letzten Finanzplan angesetzt worden wären.

Die im Etatentwurf des Bundes notierte Nettokreditaufnahme in Höhe von 27,44 Mrd. DM könnte aber angesichts der Risiken im Verteidigungsbereich und durch mögliche Mehraufwendungen für die Bundesanstalt für Arbeit aufgrund der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung im laufenden Jahr ein noch höheres Volumen erreichen. Wenn auch nach den letzten Erfahrungen der Erfolg von Konjunkturprogrammen skeptisch zu beurteilen ist, so kann weiterhin nicht ausgeschlossen werden, daß bei einer stärker ansteigenden Arbeitslosigkeit auch die Forderungen nach zusätzlichen Staatsausgaben zunehmen werden, selbst wenn die Schuldenaufnahme dadurch nochmals verstärkt würde. Der Hoffnung auf eine noch so bescheiden interpretierte Haushaltskonsolidierung dürfte somit auch im laufenden Jahr nicht entsprochen werden.

Die Bundesausgaben werden nach dem Etatentwurf im Jahre 1981 gegenüber dem voraussichtlichen Ist des letzten Jahres um 4,3 % ansteigen. Erhebliche Mehrbelastungen besonders im Transferbereich machten es notwendig, andere Ausgaben zu kürzen oder geringer als geplant steigen zu lassen. Zu befürchten ist, daß auch bei den anderen Gebietskörperschaften gerade die wachstumsrelevanten öffentlichen Investitionen von solchen Kürzungen besonders betroffen sind.

Um die skizzierte Struktur des Bundeshaushaltsplans 1981 überhaupt realisieren zu können, wird neben der schon erwähnten Verbrauchsteueranhebung ein Gesetz zum Abbau von Subventionen und sonstigen Vergünstigungen eingebracht. Im einzelnen sehen

die Kürzungsvorschläge eine Verminderung von Vergünstigungen vor, die bisher einigen Verbrauchern von Mineralölprodukten zugute kamen, außerdem den Fortfall von steuerlichen Vergünstigungen für das Kreditgewerbe sowie einen Abbau der Sparförderung.

Dadurch sollen Bund, Länder und Gemeinden bereits 1981 um 1,8 Mrd. DM und 1984 um 3,8 Mrd. DM entlastet werden. Der Bund erhofft allein für sich schon in diesem Jahr eine Verminderung seiner Lasten um 1,68 Mrd. DM. In dieser Summe ist jedoch die erwähnte Postablieferung mit 1,27 Mrd. DM enthalten. Als echter Subventionsabbau verbleiben somit für den Bund in diesem Jahr lediglich 410 Mill. DM und 1984 1,2 Mrd. DM. Angesichts des Volumens des Bundeshaushaltes von 224,6 Mrd. DM im Jahre 1981 und von 259 Mrd. DM 1984 ist das in der Tat ein sehr bescheidener Schritt.

Zwar herrschte im letzten Jahr ein genereller Konsens über die Notwendigkeit eines Abbaus von Subventionen, doch bewegte sich dieser noch auf einer sehr abstrakten Ebene. Es war leicht vorauszusehen, daß jede Konkretisierung umgehend den Widerspruch der Betroffenen hervorrufen würde. So beklagen bereits jetzt die Sparkassen und Kreditgenossenschaften ihre durch den Fortfall von Vergünstigungen sich verschlechternde Wettbewerbssituation gegenüber den Großbanken. Ebenso wird energisch gegen den einseitigen Abbau der Sparförderung protestiert, die mit einer Benachteiligung des Konten- und Wertpapiersparens gegenüber dem Bau- und Versicherungssparen verbunden ist. Der außerdem noch vorgesehene Abbau von Steuervergünstigungen für Nebeneinkünfte aus wissenschaftlicher, künstlerischer und schriftstellerischer Tätigkeit wird sowohl die direkt Betroffenen als auch die Abnehmer dieser Leistungen, die sich höheren Honorarforderungen gegenübersehen werden, auf den Plan rufen. Auch diese nur geringfügigen Änderungen von Vergünstigungen dürften somit noch lange nicht durchgesetzt sein.

Die Tatsache, daß bisher nur marginale Änderungen des Subventionshaushaltes vorgesehen sind und daß gerade der Unternehmensbereich kaum von Sparmaßnahmen betroffen wird, ist jedoch angesichts der Struktur der Subventionen verständlich. Etwa 80 % der den Unternehmungen gewährten Vergünstigungen entfallen auf nur vier Sektoren, nämlich Landwirtschaft, Verkehr, Wohnungswesen und Kohlebergbau. Vornehmlich bei diesen Bereichen könnte ein Abbau der Subventionen zu merklichen Entlastungen der öffentlichen Haushalte führen. Dabei zeigt sich aber ein generelles Problem, das einen schnellen und bemerkenswerten Erfolg beim Abbau von Subventionen verhindert.

Diese Subventionskomplexe sind im Laufe der Zeit unter dem Einfluß der jeweiligen aktuellen Situation und Zielsetzung geschaffen und häufig modifiziert worden. Die mit großer Akribie herbeigeführte Spezifizierung der Subventionsbedingungen führte zwar oft genug zu Wirkungen, die den eigentlichen Subventionszielen entgegenstanden. Aber die jetzt zu beobachtenden einzel- und gesamtwirtschaftlichen Effekte der Subventionen auf Produktion, Beschäftigung, Versorgung und Preisniveau verbieten eine abrupte Streichung oder globale Reduzierung, wenn man keine gravierenden Friktionen hervorrufen will.

Es gibt zwar Vorschläge, wie einige der auch heute noch aktuellen Subventionsziele besonders im Hinblick auf die Förderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums durch eine Änderung der eingesetzten Instrumente, auch bei verminderten Subventionen, realisiert werden könnten. Es bleibt jedoch die Aufgabe, ein Konzept zum Subventionsabbau zu entwickeln, das zugunsten mittelfristiger Resultate auf sofortige Erfolge verzichtet. Um solche Pläne auch politisch durchsetzen zu können, sind Kürzungskomplexe zu erarbeiten, die eine Interessenbalance gewährleisten und gleichzeitig Forderungen nach neuen Ausgleichsleistungen abwehren können.

Sowohl die Befürworter als auch die Gegner einer verstärkten Staatstätigkeit müßten an einer Revision des Subventionssystems interessiert sein. Die Befürworter könnten damit Spielraum für die ihnen wesentlich erscheinenden Ausgabensteigerungen gewinnen, und die Gegner könnten dem Marktmechanismus verstärkt Geltung verschaffen.

Da also wesentliche Vorarbeiten für einen Subventionsabbau noch ausstehen und die konjunkturelle Situation wahrlich nicht für abrupte Änderungen der Haushaltsstruktur in Richtung auf eine stärkere Konsolidierung spricht, konnte der Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1981 noch keine bemerkenswerten Kurskorrekturen enthalten.